

Rudolf Seiters: Rot-Grün – Berlin ist der endgültige Auftakt

Die SPD geht in Berlin eine Koalition mit einer Partei ein, die die parlamentarische Demokratie in Zweifel zieht, die Gewalt und den Druck der Straße als Mittel der Politik zuläßt, die die Sicherheit Berlins unterminieren will und die der SED-Forderung nach der „selbständigen politischen Einheit West-Berlins“ Vorschub leistet. Sie hat ein Programm, von dem eine führende niederländische Zeitung schreibt, „es hätte ebenso in Ost-Berlin geschrieben sein können“.

Die SPD geht in Berlin eine Koalition mit einer Partei ein, deren führende Repräsentanten ihre politische Schulung auch in verfassungsfeindlichen, kommunistischen Kleingruppen erhalten haben. Ihr Wortführer Ströbele, Kandidat für das Amt des Justizsenators, wurde vom Bundesgerichtshof wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung zu zehn Monaten Haft mit Bewährung verurteilt. Der SPD-Vorsitzende Vogel nennt diese Leute „durchaus manierlich und verantwortungsbewußt“.

Hessen war der Probelauf für Rot-Grün, bei der Bundestagswahl 1987 hat sich die SPD noch geziert. Berlin ist der endgültige Auftakt des Abmarsches der SPD aus der Position einer linken Volkspartei. Der bedenkenlose Wählerbetrug von Herrn Momper zeigt dies. Herr Vogel unternimmt nichts, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, vielmehr ermuntert er seine Berliner Genossen zum linksradikalen Bündnis: dies ist eine Schande für Berlin.

Die deutschen Wähler müssen davon ausgehen, daß bei jeder jetzt anstehenden Wahl die SPD einen rot-grünen Pakt jeder anderen Alternative vorziehen wird.

Was bei der SPD im außenpolitischen Bereich seit Jahren zu beobachten ist, die Aufkündigung der Gemeinsamkeiten der Sicherheits- und Verteidigungspolitik im westlichen Bündnis (z. B. die Ablehnung des NATO-Doppelbeschlusses und die Forderung nach A- und C-waffenfreien Zonen) und die teilweise Übernahme kommunistischer Positionen (z. B. Anerkennung einer eigenen DDR-Staatsbürgerschaft, Verzicht auf die Erfassungsstelle Salzgitter), vollzieht sich jetzt auch innenpolitisch: die

Anbiederung an Linksradikale, die Belastung des Konsenses der Demokraten und die Verleugnung der sozialdemokratischen Tradition eines Kurt Schumacher, Ernst Reuter, Fritz Erler und Erich Ollenhauer.

Rudolf Seiters, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion verfolgt die Entwicklung der SPD mit großer Sorge um die Zukunft Berlins und der Bundesrepublik Deutschland. Es darf nicht dazu kommen, daß die Bundesrepublik Deutschland als eine der führenden Industrie- und Exportstaaten der Welt auf das Niveau unfähiger kommunistischer Zentralverwaltungsstaaten herabgewirtschaftet wird. Das vorbildliche soziale Netz bei uns darf nicht zum Selbstbedienungsladen verkommen. Die Zugehörigkeit zum westlichen Bündnis und zur westlichen Wertegemeinschaft werden wir verteidigen. Wer mit Radikalen paktiert, hat aus der Vergangenheit nichts gelernt.

Dem wird die CDU/CSU-Bundestagsfraktion nicht tatenlos zusehen. Wir zeichnen die Entwicklung auf und klären die Bürger über die Berliner Vorgänge auf. Wir stellen daher der Öffentlichkeit diese Dokumentation vor, die den Wählerbetrug der SPD aufzeigt sowie das Programm und die Personen des SPD-Koalitionspartners beschreibt.

SPD: Verrat am Wähler

Seite

I. Wie man die Wähler betrügt

1. Es „mompert“ in Berlin	4
2. Hessen war der Anfang	7

II. Programm der Alternativen Liste – Partner der SPD

1. Die parlamentarische Demokratie in Zweifel ziehen	8
2. „Klammheimliche“ Sympathie für Gewalt	9
3. Staat und Bürger wehrlos machen	10
4. Ausländer rein — Alliierte raus	11
5. Deutschland aufgeben	11
6. Wirtschaft = Steinzeitkommunismus	12
7. Sozialpolitik = Abkassieren	13
8. Die Finanzen ruinieren	14
9. Unsere Kinder den Chaoten ausliefern	14

III. Sage mir, mit wem Du umgehst ...

1. Kommunistischer Bodensatz	14
2. Der Wortführer	15
3. Die Abgeordneten	17
4. Der Führungskader	20

Quellen	31
-------------------	----

I. Wie man die Wähler betrügt

1. Es „mompert“ in Berlin

Bei der Landtagswahl in Berlin am 29. 1. 1989 sind die Wähler verschaukelt, belogen, betrogen und verraten worden. Das Präsidium der SPD im Bund, die SPD in Berlin und der Spitzenkandidat der SPD in Berlin, Momper, haben vor der Wahl übereinstimmend erklärt, daß die Alternative Liste (AL) nicht wählbar sei und daß für die SPD eine Zusammenarbeit mit dieser linksradikalen Partei nicht in Frage komme. So erklärte das Präsidium der SPD mit dem Parteivorsitzenden Vogel an der Spitze eine Woche vor der Wahl:

- „*Wer AL wählt, bewirkt Unsicherheit und Instabilität.*“¹⁾

Und der SPD-Spitzenkandidat Momper erklärte zwei Tage später am Bild-Telefon:

- „*Keine Koalition mit der AL.*“²⁾

Noch am Wahlabend gab Momper mehrere Erklärungen ab, in denen er eine Zusammenarbeit mit dem Berliner Ableger der Grünen ablehnte:

- „*Vor zwei Tagen haben Sie gesagt: Mit mir keine Koalition mit der AL ...*“

Antwort Momper: „*Was ich gesagt habe, gilt uneingeschränkt ...*“

Frage: „*Wenn die AL ihre Positionen in Frage stellt, dann wäre auch mit Walter Momper eine rot-grüne Koalition möglich?*“

Antwort: „*Wenn sie regierungsfähig wird. Aber die AL ist nicht regierungsfähig beim gegenwärtigen Stand.*“³⁾

Und er beteuert:

- „*Mit mir keine Koalition mit der AL.*“⁴⁾

In der SPD-Zeitschrift „Vorwärts“ vom 27. 1. 1989 erläutert Momper:

- „*Unsere Ausgangslage sind 32,4 Prozent. Darauf wollen wir aufbauen. Wenn man darauf aufbaut, dann erübrigen sich alle Koalitionsspielereien. Koalitionen werden nicht mit dem Rechenschieber geschlossen, sondern nur dann, wenn Parteien stark sind und inhaltlich etwas Gemeinsames durchsetzen wollen.*

Frage: *Mit der AL sehen Sie also keine Gemeinsamkeiten?*

Antwort: *Zum einen bekennt sich die AL immer noch zur Gewalt. Außerdem akzeptiert sie die Bindung Berlins an den Bund nicht in der Form, wie das wegen der äußeren Sicherheit der Stadt unerlässlich ist. ... Die AL ist politisch gar nicht mehr kalkulierbar.“*

Er bezeichnete die AL als einen „vielschichtigen Haufen“ und meinte über die AL-Kader:

● „Ich bin da nicht sehr vertrauensvoll, wenn ich mir angucke, wer von den Alternativen ins Abgeordnetenhaus gewählt worden ist. Da gibt es ja auch Kandidaten, die eindeutig ein Abkoppeln West-Berlins vom Bund befürwortet haben, wenn auch in Grenzen — zugegebener Weise. Dies ist eine Position, die für uns Sozialdemokraten nicht koalitions- und nicht vereinbarungsfähig ist.“⁽⁵⁾

Momper bekannte ohne Wenn und Aber:

● „Mit der AL kann es im Interesse Berlins keine Koalition geben.“⁽⁶⁾

Inzwischen hat die SPD und Momper Koalitionsverhandlungen mit der CDU abgelehnt und verhandelt seit drei Wochen mit den linksradikalen AL-Leuten über eine rot-grüne Front. Momper kokettiert damit, er habe schließlich 1980, als Kreisvorsitzender in Kreuzberg mit den Alternativen — Arm in Arm mit dem AL-Baustadtrat Orłowsky — bundesweit die erste rot-grüne Koalition gegründet.⁽⁷⁾

Um diesen Verrat am Wähler richtig beurteilen zu können, muß man bedenken, daß Momper nicht nur im Wahlkampf 1989 jede Zusammenarbeit mit der AL öffentlich abgelehnt hat. Bereits 1985 gab er als Berliner SPD-Fraktionschef öffentlich bekannt: „Die Berliner Sozialdemokraten haben ihre Beschlüsse gefaßt: Keine Koalition mit der AL.“⁽⁸⁾

Kurz bevor sich Momper dann zum SPD-Landesvorsitzenden wählen ließ, drückte er nochmals betont Distanz zur AL aus. Er sehe kein gemeinsames Fundament zur Politikfähigkeit, sagte er. Die Alternativen wertete er als „unberechenbar“. Ihr Verhältnis zum Gewaltmonopol des Staates, zum Status von Berlin und zu den Bindungen der Stadt an den Bund sei ungeklärt.⁽⁹⁾

Und so vollzogen Momper und die SPD öffentlich Wahlbetrug und Kehrtwende:

● Die SPD-Bundesgeschäftsführerin Fuchs nennt die AL im Saarländischen Rundfunk eine „stabile und zuverlässige Partei“.⁽¹⁰⁾

● **Frage:** „Halten Sie es für möglich, daß SPD und Alternative eine Koalition für die gesamte Legislaturperiode eingehen? Also bis 1993?“

Momper: „Warum nicht?“⁽¹¹⁾

● **Frage:** „Die AL will eine streitbare Zusammenarbeit, eine Koalition mit der SPD. Will die SPD das auch?“

Antwort: „Für uns ist es auf jeden Fall wichtig, eine Koalition zu bekommen und keine lockere Form der Zusammenarbeit.“

Frage: „Mit der AL?“

Antwort: „Ja klar, darum verhandeln wir ja.“⁽¹²⁾

● „Eine begrenzte Zusammenarbeit mit der AL mag schwierig sein. Das hessische Beispiel hat aber bewiesen, daß sie zu sehr guten politischen Ergebnissen führen kann.“⁽¹³⁾

● Der SPD-Bundestagsabgeordnete Kolbow erklärt: „Die Grünen sind keine Unberührbaren und — wie die anderen demokratischen Parteien auch — selbstverständlich koalitionsfähig.“¹⁴⁾

● Die Parteivize Däubler-Gmelin überlegt, ob solche Koalitionen auch für den Bund möglich sind.¹⁵⁾

● Der Berliner SPD-Spitzenpolitiker Ristock sagt klar: „Wenn das hier klappt, dann haben wir das Modell für die Bundesrepublik Deutschland.“ „Meine Perspektive ist eine neue politische Kultur, die über den Tag hinausweist. Ich denke an 1990 und an eine politische Wende in der Bundesrepublik.“¹⁶⁾

Die SPD ist auf dem rot-grünen Trip. Sie sollte das Wort „politische Glaubwürdigkeit“ nicht mehr in den Mund nehmen. Sie verletzt mit ihrer Anbiederung an die Linksextremen ihre Verantwortung gegenüber ihren Wählern, gegenüber Berlin und gegenüber der Bundesrepublik Deutschland.

Nach dem Wahlergebnis von Berlin wird die AL ein Drittel der 14 Senatorenposten beanspruchen. Es besteht damit die Möglichkeit, daß ein wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung Vorbestrafter Senator für Inneres oder Justiz wird, daß ein Hausbesetzer Senator für das Wohnungswesen und daß ein Aktivist gegen die Volkszählung Senator für Wirtschaft und Arbeit wird. Ernst Reuter, Otto Suhr und Luise Schröder als Koalitionspartner der AL — unvorstellbar! Aber Momper macht's möglich.

Der SPD-Vorsitzende Vogel schweigt zu den Vorgängen in Berlin. Er möchte in der augenblicklichen Situation noch abwarten, denn noch ist die Koalition mit den Linksextremen in Berlin nicht unter Dach und Fach. Und Vogel glaubt zurecht, daß eine öffentliche Erklärung von ihm zugunsten einer rot-grünen Front die SPD-Chancen im hessischen Kommunalwahlkampf mindert.

In Wirklichkeit hat Vogel den Boden mitbereitet für die Annäherung an die Grün-Radikalen. Er begrüßte die Öffnung der SPD zu den Grünen in den Ländern:

● „Diese Überlegungen und Entscheidungen, die auf Länderebene getroffen werden, ... (stellen) für uns kein Problem dar.“¹⁷⁾

Und er erklärte mit Blick auf die Grünen im Bundestag:

● „Ich habe noch nie Stimmen zurückgewiesen, die mir ... gegeben worden sind.“¹⁸⁾

● „Ich sähe keinen Sinn darin, daß ich es als Kanzlerkandidat ablehne, mich von einer Mehrheit der vom Volk in den Deutschen Bundestag gesandten Abgeordneten wählen zu lassen, weil dazu die Grünen zählen.“¹⁹⁾

● „Ich habe die Aufgeregtheit und die anfängliche Hysterie, die da und dort gegenüber der Fraktion der Grünen zu beobachten war, nie geteilt und auch nie recht verstanden.“²⁰⁾

2. Hessen war der Anfang

Der Betrug an den Berliner Wählern durch die SPD ist nicht einmalig. So hat z. B. bei der Landtagswahl 1986 in Niedersachsen der SPD-Kandidat Schröder in der Öffentlichkeit immer wieder eine Koalition mit den Grünen abgelehnt. Kurz vor der Wahl wurde bekannt, daß bereits am Wahlabend informelle Gespräche zwischen SPD und Grünen stattfinden sollten, über eine Stimmabgabe im neuen Landtag zu Schröders Gunsten.

Angefangen hat alles in Hessen. Auch Holger Börner hatte mit Vehemenz eine Koalition mit den Grünen abgelehnt, um dann eben diese Koalition einzugehen.

● *„Ich bedauere, daß mir mein hohes Staatsamt verbietet, den Kerlen selbst eins in die Fresse zu hauen. Früher auf dem Bau hat man solche Dinge mit Dachlatten erledigt.“* „Schon einmal ist eine Demokratie in Deutschland von der Straße gekippt worden. Solange ich was zu sagen habe, wird sich das nicht wiederholen.“⁽²¹⁾

● **Frage:** *„Können Sie sich überhaupt vorstellen, mit den Grünen an einem Verhandlungstisch zu sitzen?“* **Antwort:** *„Da können Sie sicher sein: Solche Photos werden noch nicht mal als Montage zu sehen sein. Eine politische Gruppe, die dem Parlamentarismus den Kampf angesagt hat, hat keine Lehren aus der deutschen Geschichte gezogen, sondern bringt sich damit in die Nähe von Faschisten.“*⁽²²⁾

● *„Herr Präsident, ich möchte den Gedankengang jetzt gern fortsetzen. Sie wissen ja, Herr Fischer, daß ich Ihre Fraktion für politikunfähig halte. Es hat keinen Sinn, den Dialog hier fortzusetzen.“*⁽²³⁾

● *„Mit denen nicht. Ich bin Naßrasierer und möchte morgens in den Spiegel sehen, ohne mich ansputzen zu müssen. Ich verkaufe meine Seele nicht.“*⁽²⁴⁾

Die Ergebnisse der rot-grünen Politik in Hessen sind bekannt:

Im Herbst 1982 ergibt sich bei der Hessischen Landtagswahl eine rot-grüne Mehrheit. Die SPD wird gegenüber ihren Wählern wortbrüchig und beginnt Koalitionsverhandlungen mit den Grünen. Zur Regierungsbildung ist sie jedoch nicht fähig. 1983 wird der Landtag vorzeitig aufgelöst und neue Wahlen werden ausgeschrieben. Die rot-grüne Mehrheit kommt nach monatelangen Verhandlungen zwischen SPD und Grünen zu einem Duldungsabkommen und wählt Börner gemeinsam zum Ministerpräsidenten. Ende 1984 wird das Duldungsabkommen von den Grünen für gescheitert erklärt: Erneuter Stillstand der Landespolitik; erneut monatelange Verhandlungen SPD/Grüne. Im Herbst 1985 vereinbaren SPD und Grüne eine Koalition. Im Februar 1987 bricht die Koalition auseinander. Der Landtag löst sich schon wieder auf. Die Wähler haben die Nase voll und wählen am 5. April 1987 die CDU. Walter Wallmann wird Ministerpräsident.

II. Programm der Alternativen Liste – Partner der SPD

Die AL hat die SPD geködert. Sie hat ein „Grundsatzpapier“ akzeptiert, in dem sie von ihr wichtigen, jahrelang vertretenen Positionen abrückt. Die AL will fortan akzeptieren: die Bindungen Berlins an den Bund, die Anwesenheit der Alliierten in Berlin und das Gewaltmonopol des Staates. Das vereinbarte „Grundsatzpapier“ mit der AL ist reine Augenwischerei. Nur ein Beispiel: Glaubt wirklich jemand in der SPD, der mögliche zukünftige Innensenator Ströbele würde die Polizei gegen gewalttätige Chaoten und Autonome auf Berlins Straßen vorschicken und damit gegen das Grundsatzprogramm seiner Partei handeln? Oder glaubt die SPD, die AL in Berlin habe Befehlsgewalt über Berlins Gewalttäter?

Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Engholm meint sogar, „von ihrer Programmatik her seien die Grünen sicherlich ein möglicher interessanter Partner“.²⁵) Das war fast am gleichen Tag, als der alte und weithin geachtete Vordenker der SPD, der Politologe Prof. Richard Löwenthal, die SPD vor einem Regierungsbündnis mit der AL gewarnt hat. In einem Interview mit der „Hamburger Morgenpost“ sagte er, bei den Grünen gäbe es zu viele Leute, die nicht auf dem Boden der demokratischen Grundordnung stünden.²⁶)

Und es ist schon bemerkenswert, daß ein SPD-Ministerpräsident sich mit dem Programm der AL identifiziert und der grüne Bündestagsabgeordnete Schily gleichzeitig die SPD vor einer Koalition mit der AL warnt. Die darauf erfolgte Kritik aus den eigenen Reihen konterte er mit der Bemerkung: „Der Vorstand kennt offenbar das Wahlprogramm der AL nicht, sonst müßte er meine Bedenken teilen“; und „wer hat denn das Programm der AL gelesen?“²⁷)

So sieht das AL-Wahlprogramm in seinen Kernsätzen aus, das Verhandlungsgrundlage des rot-grünen Paktes in Berlin ist, und über das die niederländische Tageszeitung „NEC Handelsblad“ am 4. 2. 1989 schrieb, „es hätte ebenso in Ost-Berlin geschrieben“ sein können.

1. Die parlamentarische Demokratie in Zweifel ziehen

„Es ist der AL vor allem bewußt, daß eine parlamentarische Vertretung allein keine Veränderung der gesellschaftlichen Ursachen für die Vergiftung der Umwelt und der Menschen, die Verarmung und das soziale Elend, die Arbeitslosigkeit, die Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit schafft. Ohne starke außerparlamentarische Bewegung findet keine grundlegende Veränderung statt.“

„Die AL wird weiterhin ein von den Verstellungen der Herrschenden abweichendes Parlamentsverständnis haben.“

„Die AL ist nicht dazu da, Stellvertreterinnenpolitik in den Parlamenten zu betreiben.“

„Der Senat macht seine Politik nicht im Interesse der Menschen in dieser Stadt, sondern im Interesse des Kapitals.“

„Für den aufkeimenden Widerstand steht der Repressionsapparat zur Verfügung, der mit zunehmender Härte gegen die wachsende Opposition eingesetzt wird.“

2. „Klammheimliche“ Sympathie für Gewalt

„Deshalb kann sich Protest und Widerstand nicht auf staatliche festgeschriebene Legalität festlegen lassen. Vielmehr machen wir unsere Anerkennung staatlicher Entscheidungen unter den gegebenen Bedingungen von inhaltlichen Kriterien abhängig.“

„Eine prinzipielle Ablehnung von gewaltförmigem Widerstand würde außer acht lassen, daß das Recht der Staaten zur Gewaltanwendung zur Durchsetzung von Machtinteressen der jeweiligen Eliten genutzt wurde und wird, um immer wieder Kriege mit Millionen von Toten zu führen und Menschen im Innern zu unterdrücken.“

„In Bürgerinitiativen, den sozialen Bewegungen und in der AL ist deshalb unumstritten, daß der Weg zu einer ökologischen, sozialen und gewaltfreien Gesellschaft mehr und andere Mittel verlangt, als den Gang zu den Wahlurnen einerseits und Kandidaturen für die Parlamente, Resolutionen, Presseerklärungen, Anträge und Anfragen andererseits. Der Weg dorthin schließt neben vielen Formen der Öffentlichkeitsarbeit und der Gestaltung alternativer Lebens- und Arbeitszusammenhänge ein: Demonstrationen, Aktionen des zivilen Ungehorsams wie Blockaden, Widerstands- und Verweigerungshandlungen wie Streiks bis hin zum politischen Generalstreik, Besetzungen, Boykotte, individuelle und kollektive Gehorsamsverweigerung, Dienstverweigerung, Provokationen und Satiren.“

„Weder Demonstrationen noch Aktionen des zivilen Ungehorsams, noch Widerstands- und Verweigerungshandlungen im oben genannten Sinn sind für uns Formen von Gewalt. Wir entfernen uns damit wissentlich von der Auffassung vieler Politiker und Juristen.“

„Eine von Zeit und Ort unabhängige Bewertung von Gewalt und Gewaltfreiheit verbietet sich aber allein schon im Blick auf die Geschichte. Auch die Liberalen bauten 1848 Barrikaden, und es schossen Männer wie Frauen.“

„Viele möchten die Gewaltfreiheit von Demonstrationen vor allem deshalb garantiert sehen, weil sonst immer weniger Menschen teilnehmen.“

„Die AL schließt auch in Zukunft Gruppen wie z. B. autonome Gruppen, die — um es assoziationsreich zu formulieren — nicht jederzeit die Gewähr dafür bieten, daß sie praktisch und theoretisch für Gewaltfreiheit eintreten, eingetreten sind und eintreten werden, nicht grundsätzlich von gemeinsamen Aktionen aus. Erstens sind Demonstrationen öffentlich, zweitens kann es Situationen geben, in denen auch die friedlichsten BürgerInnen zur Notwehr greifen.“

„Gerade weil wir die Zusammenarbeit mit diesen nicht aufkündigen wollen, müssen wir zugeben, daß unsere Position, die Betroffenen bestimmen die Formen ihres Widerstandes und Protestes selbst, zu einem gleichgültigen laß sie machen und zu einem Ausweichen vor Streit über Verständnis von Militanz und Radikalität führen kann.“

„Berlin rüstet ab heißt vor allem, daß die Gewaltanwendung des Staates abgebaut werden muß.“

„Wir kämpfen für das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht der Frauen und fordern deshalb die Streichung des § 218 StGB.“

3. Staat und Bürger wehrlos machen

„Um Gesinnungsjustiz auszuschließen, fordern wir die Streichung des gesamten politischen Strafrechts.“

„In Berlin dürfen keine Lesegeräte für den maschinenlesbaren Personalausweis angeschafft werden, die Ausweispflicht muß aufgehoben werden. Die bei der Volkszählung gesammelten Daten müssen vernichtet werden.“

„Die AL fordert daher die Auflösung des Berliner Verfassungsschutzes.“

„Abschaffung aller freiheitsentziehenden Maßnahmen für Jugendliche.“

„Schließung der Frauenhaftanstalt in Plötzensee.“

„Schließung aller anderen besonderen Sicherheitsbereiche, z. B. des Moabiter Hochsicherheitstraktes.“

„Die Feststellung und Regulierung von Kleinkriminalität könnte schon heute zivilen Instanzen übertragen werden, die nicht dem Legalitätsprinzip, d. h. dem Zwang zur Strafverfolgung unterliegen.“

„Die Polizei muß aus gesellschaftlichen Konflikten und aus politischen Auseinandersetzungen weitestgehend zurückgezogen werden.“

„Die freiwillige Polizeireserve ist aufzulösen.“

„Wir wenden uns nicht nur gegen jede personelle und materielle Aufstockung der geschlossenen Einheiten, sondern fordern einen weitgehenden Stellenabbau der gesamten Polizei.“

„Wir lehnen Vermummungsverbot, Demonstrationsgebühren und gemeinschaftliche Haftung der DemonstrantInnen für Demonstrationsschäden

ab. Die obrigkeitsstaatlichen Tatbestände des Landesfriedensbruchs sind abzuschaffen.“

4. Ausländer rein — Alliierte raus

„Für uns ist dabei selbstverständlich, daß die bürgerlichen Grundrechte einschließlich des Wahlrechts auch für die hier lebenden AusländerInnen gelten.“

„Vordringlich ist deshalb, das in der Verfassung verankerte Grundrecht auf Asyl bei politischer Verfolgung, das praktisch nur noch auf dem Papier besteht, wieder in Kraft zu setzen. Insbesondere müssen die Grenzen durch Abschaffung des Visumszwanges wieder erreichbar und passierbar werden.“

„Wir setzen uns dafür ein, daß alle Flüchtlinge für die Dauer ihres Asylverfahrens Freizügigkeit, freie Wohnungswahl, Arbeitserlaubnis und Sozialhilfeberechtigung erhalten. Für alle Menschen, die wegen Gefahren für Leib, Leben und Gesundheit hierhergekommen sind, jedoch nicht als politisch Verfolgte anerkannt werden können, fordert die AL ein Bleiberecht.“

„Die Kompetenzen der Alliierten, die die inneren Angelegenheiten der Stadt betreffen, sind auf Berliner Gerichte und Behörden sowie auf das Parlament zu verlagern. Minimale Korrekturen der alliierten Selbstherrlichkeit, wie die Aufhebung einzelner Vorschriften oder die Einrichtung einer sogenannten Beschwerdestelle, sind keineswegs ausreichend.“

„Die Stadt braucht kein Militär.“

„West-Berlin verzichtet gern auf Horchposten der Alliierten, denn sie stärken nur die Vertrauensbildung mit dem Umland. Die Polizei wird abgerüstet, sie wird personell verkleinert, entwaffnet und ohne Feindbilder ausgebildet.“

„Alle Unsicherheiten über die Identität und die Zukunft der Stadt sind aufgehoben, wenn sich hier eine nach innen und außen abgerüstete und entmilitarisierte Gesellschaft entwickeln kann.“

„Abrüstung und angestrebte Entmilitarisierung in einem blockfreien Europa sind unvereinbar mit einem Verbleib (der BRD) in der NATO und der damit einhergehenden Einbindung in deren aggressive Militärdoktrin.“

„Wir halten fest am Konzept der einseitigen Abrüstung.“

„Die militärische Präsenz der West-Alliierten wird bis auf einen symbolischen Rest abgebaut.“

5. Deutschland aufgeben

„Das Plädoyer für einseitige Abrüstung ist verbunden mit unserem Eintreten für nationale Selbstbeschränkung.“

„Die AL tritt daher für die vorbehaltlose Anerkennung der DDR und für die Respektierung ihrer Staatsbürgerschaft ein. Berlin/DDR ist als Hauptstadt der DDR ebenfalls anzuerkennen. Wir verzichten auf Neu- und Wiedervereinigungsoptionen.“

„Unsere friedenspolitische Strategie der einseitigen Abrüstung und des Abbaus der zwischenstaatlichen Spannungen ist nicht von Vorleistungen und spiegelbildlichen Gegenleistungen der DDR und der Sowjetunion abhängig.“

6. Wirtschaft = Steinzeitkommunismus

„Die AL wurde gegründet, um grundsätzliche Alternativen zum bestehenden kapitalistischen Industriesystem und unserer darauf fußenden Lebensweise zu entwickeln und durchzusetzen.“

„Wir wollen den Umbau der kapitalistischen Industriegesellschaft sofort beginnen, weil es dafür eher zu spät als zu früh ist.“

„Langfristig wird nur die Überwindung dieses patriarchalischen und kapitalistischen Industriesystems ein menschenwürdiges Leben und eine ökologisch sinnvolle Produktionsweise ermöglichen.“

„Wir wollen den öffentlichen Dienst demokratisieren, indem wir die Voraussetzungen schaffen, daß die dort arbeitenden Menschen ihre jeweiligen Vorgesetzten wählen und abwählen.“

„Vergesellschaftung von Funk und Fernsehen.“

„Grundsätzlich und langfristig widerspricht die Gesellschaft, die wir uns wünschen, dem kapitalistischen Charakter unserer Industriegesellschaft.“

„Es wird notwendig sein, die private Verfügungsgewalt über das Eigentum an Produktionsmitteln einzuschränken.“

„Umbau heißt für uns zunächst Umverteilen.“

„Produktion und Verteilung von Gütern und Dienstleistungen dürfen nicht mehr in erster Linie auf Basis privatkapitalistischer Produktion erfolgen. Kollektive Eigentumsformen und Entscheidungsprozesse müssen beim Umbau von Industrie und städtischer Infrastruktur stärkeres Gewicht erhalten.“

„Ein Ausstieg aus der Atomtechnologie ist — nicht zuletzt nach den Erfahrungen von Tschernobyl — sofort nötig und möglich. Hierzu gehört auch die sofortige Abschaltung des West-Berliner Forschungsreaktors im Hahn-Meitner-Institut.“

„Wer umbauen will, muß experimentieren.“

„In der Energie- und Luftreinhaltepolitik benötigen wir eine Abkehr von der Energieverschwendung. Wir wollen das Verbot von Elektroheizungen.“

„Wichtig ist auch ein Programm zur Parkplatzreduzierung mit der Aufhebung der Stellplatzpflicht bei Neubauten, einem Verbot des Innenhofparkens

(Begründung!) sowie einer Verminderung der Parkplätze an öffentlichen Einrichtungen und in den einzelnen Zentren.“

„Eine unnötige Konkurrenz zur Eisenbahn ist die Binnenschifffahrt.“

„Deshalb hält die AL weitere Investitionen in der Binnenschifffahrt nicht für sinnvoll und spricht sich gegen den Ausbau der Schleuse in Spandau aus.“

„Der Flughafen Tegel darf nicht ausgebaut, die Nutzung von Tempelhof muß eingestellt werden.“

7. Sozialpolitik = Abkassieren

„Die Verkürzung der wöchentlichen und täglichen Erwerbsarbeitszeit, ihre Verteilung auf die Wochentage von Montag bis Freitag und die Festlegung von Erwerbsarbeitsbeginn und -ende entsprechend den Alltagsbedürfnissen der Beschäftigten — d. h. als ersten Schritt die 30-Stunden-Woche — sind deshalb eine wesentliche Zielsetzung unserer Politik und zugleich ein Instrument zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit.“

„Genau wie alle anderen Tariferhöhungen ist die Verkürzung der Arbeitszeit aus dem Produktivitätszuwachs und aus den Gewinnen der Unternehmen zu finanzieren.“

„Selbstverständlich müßten für ein solches Beschäftigungsprogramm auch Gelder aus öffentlichen Kassen zur Verfügung gestellt werden, und zwar in einer Größenordnung von mindestens einer Milliarde DM pro Jahr.“

„Die gesamten Sozialversicherungsbeiträge für niedrige Einkommen sollen vom Unternehmen gezahlt werden.“

„Wir kämpfen bundesweit seit Jahren für die Einführung einer Mindestrente — z. Z. 1300 DM —, die durch selberworbene Rentenansprüche natürlich aufgestockt werden kann.“

„Auf dem Weg zu einer Einkommensgrundsicherung fordern wir als bundesweite Sofortmaßnahme die Verdoppelung der Sozialhilfe. Die Finanzierung muß natürlich über eine bundesweite Lösung gesichert sein, weil die einzelne Kommune damit überfordert ist.“

„In West-Berlin müssen die Ermessensspielräume des Bundessozialhilfegesetzes maximal ausgenutzt werden.“

„Auch Sozi-EmpfängerInnen brauchen Urlaub vom Großstadtmief, deshalb sollen auch sie Anspruch auf Urlaubsgeld haben.“

„GASAG/BEWAG-Kosten müssen bis zur Höhe des durchschnittlichen Verbrauchs vergleichbarer West-Berliner Haushaltsgrößen übernommen werden.“

8. Die Finanzen ruinieren

„Die Finanzierung des Umbau- und Beschäftigungsprogramms kann aus folgenden Quellen gewährleistet werden: Umstrukturierung der Berlinförderung, Anhebung der Gewerbesteuer, konsequentere Eintreibung der Steuerrückstände, Umschichtungen im West-Berliner Haushalt (z. B. vom Polizeistaat in den öffentlichen Nahverkehr), Erhöhung der Staatsverschuldung.“

„Unser erster Schritt würde sein, einen Teil der Steuervergünstigungen nach dem Berlinförderungsgesetz (rd. 3 Mrd. DM von insgesamt 9 Mrd. DM) zu streichen, was zu einer Erhöhung der Steuereinnahmen bei Bund, Ländern und auch im Berliner Haushalt führen würde.“

9. Unsere Kinder den Chaoten ausliefern

„Die einzelnen Schulen entscheiden auf der Grundlage von wenigen Rahmenvorgaben selbst über Schulorganisation, Lerninhalte und Lernformen sowie über die Verwendung der pauschal zugewiesenen Sachmittel. Die Vertretung der SchülerInnen erhält ein allgemeinpolitisches Mandat, Satzungs- und Finanzautonomie. Die Zensur von SchülerInnenzeitungen unterbleibt.“

„Verzicht auf Ziffernzensuren und zwangsweises Sitzenbleiben, statt dessen eine inhaltliche Leistungsrückmeldung von LehrerInnen zu SchülerInnen und von SchülerInnen zu SchülerInnen.“

„Eine wichtige Voraussetzung hierfür ist die gleichwertige Darstellung homo- und heterosexueller Lebens- und Lebensweisen in Lehrplänen, Schulbüchern, im Unterricht und in den Medien.“

III. Sage mir, mit wem Du umgehst ...

1. Kommunistischer Bodensatz

Selbst dem Spiegel fällt auf, daß die AL-AktivistInnen in Berlin „weniger der wertkonservativen Naturschutzszene entstammen als vielmehr der Antiimperialismus-, der Frauen- und der Häuserkampf-Bewegung und diversen kommunistischen Sekten, den sogenannten K-Gruppen“.²⁸⁾

Dies ist jedoch keine neue Erkenntnis. Ernst Hoplitschek, ehemaliges Bundesvorstandsmitglied der Grünen, schreibt über die in die Grünen eingeflossene „Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz“ (AL) in Berlin, die AL sei „mit einem Schwamm zu vergleichen, der alles an relevanten linken Strömungen, Gruppen und Parteien aufsaugt hat und immer noch aufsaugt ... Zur informellen Struktur zählen weniger als dreißig AL-Aktive, die in den AL-Gremien jeweils Schlüsselstellungen einnehmen ... Diese knapp dreißig empfinden sich subjektiv als Hüter der AL, was

verwundern muß, da die AL heute über rund 2.700 Mitglieder verfügt ... Ideologisch läßt sich die AL in drei Großgruppen einteilen: in die Pickelhaubenfraktion (AL-Jargon), worunter das ehemalige Potential der maoistischen KPD und ihres Umfeldes verstanden wird. Daneben und oft dagegen operiert eine ebenfalls aus ML-Tradition (ML = Marxisten, Leninisten; d. V.) kommende Gruppierung, die sich aus einem Strömungsbündel von eher konservativen Linken zusammensetzt: Reste des Kommunistischen Bundes, Ex-SEW-Mitglieder plus der neu ins Leben gerufenen Demokratischen Sozialisten, zu welchen auch ehemalige Stamokaps aus der SPD gehören. Diese konservativen Linken fühlen sich derzeit in der AL als Minderheit, da die Pickelhaubenfraktion mit der dritten Großgruppe in der AL, die man als Unabhängige bezeichnen muß, den Mehrheitsblock bildet“.²⁹⁾

Über die Gründungsveranstaltung der mit den Grünen zusammenarbeitenden „Berliner Alternativen Liste“ wird bereits 1978 Otto Schily in „Die Welt“ vom 22. 3. 1983 zitiert: „Ich habe den Eindruck, daß hier ein Parteitag der KPD stattgefunden hat.“

Und am 17. Februar dieses Jahres gab die „Augsburger Allgemeine“ eine Äußerung Schilys über das Verhalten der AL so wieder: „Ein Teil des Mißtrauens gegenüber dem Staat rührt nach seiner Meinung daher, daß die Berliner Grünen auch Mitglieder aus der APO-Bewegung und aus den früheren K-Gruppen hätten.“

Der SPD-Vorsitzende Vogel stellte mit Blick auf die angestrebte AL-SPD-Koalition in Berlin fest, „daß es auch bei den Grünen durchaus manierliche und verantwortungsbewußte Leute gebe“.³⁰⁾

2. Der Wortführer

★ **Ströbele, Hans Christian** ist der unbestrittene Wortführer der AL in Berlin und zieht auch in den Verhandlungen mit der SPD die Fäden. Von 1985 bis Februar 1987 war er Nachrücker im 10. Deutschen Bundestag. Im Handbuch des Deutschen Bundestages ist nach seinen Angaben folgender Lebenslauf abgedruckt:

„Rechtsanwalt, Berlin, geb. 7. 6. 1939 Halle a. d. Saale, Schulzeit in Marl, Westf., 1 Jahr Wehrpflicht bei der Luftwaffen-Fla. in Aurich, entlassen als Kanonier d. R., Studium der Rechtswissenschaft und Politischen Wissenschaft in Heidelberg und Berlin. Seit Juni 1967 als Verteidiger in politischen Strafsachen tätig. Mai 1969 Gründung des Sozialistischen Anwaltskollektivs in Berlin mit Horst Mahler und Klaus Eschen. 1969 einem Aufruf von Horst Mahler folgend Eintritt in die SPD. 1974 Kreisdelegierter und Ausschluß aus der SPD.“³¹⁾

Etwas hat Ströbele jedoch vergessen: Er wurde vom Bundesgerichtshof (BGH-Urt. vom 24. 3. 1982 3 STR 28/82[S] [LGBerlin]) wegen **Unterstützung**

einer kriminellen Vereinigung zu zehn Monaten Haft verurteilt. Die Strafe wurde auf zwei Jahre zur Bewährung ausgesetzt. Ströbele hatte sich nach den Feststellungen des BGH an dem Aufbau und der Aufrechterhaltung des Info-Systems unter den Baader-Meinhof-Häftlingen beteiligt und mindestens 19 als Anwaltspost getarnte Rundbriefe verfaßt, die an die inhaftierten Banden-Mitglieder gingen. Einer dieser Rundbriefe Ströbeles wurde im Juli 1973 in den Zellen der Häftlinge Ensslin, Möller, Meinhof und Baader gefunden. In dem Papier wurden die einsitzenden Terroristen über den letzten Stand des damaligen Hungerstreiks auf dem laufenden gehalten. Ströbeles operationelle Beteiligung an den damaligen Bandenplänen wird durch Passagen in den Papieren deutlich.³²⁾

„Als besonders schwerwiegend nannte Generalbundesanwalt Buback die auch von Ströbele maßgeblich unterstützte Einrichtung einer ‚Informationszentrale‘ in Hamburg, die im großen Stil Schulungsmaterial sammelte und an die RAF-Angeklagten verschickte, um ihnen das notwendige Wissen für den bewaffneten Kampf als Stadtguerilla zu vermitteln.“³³⁾

In der Urteilsbegründung des Bundesgerichtshofs wird festgestellt: *„Der Angeklagte hat die in Haft bestehende kriminelle Vereinigung als Nichtmitglied dadurch unterstützt, daß er zum Aufbau und zum Betrieb des von den Gefangenen unterhaltenen Informationssystems beigetragen hat. Dieses sollte ein Sammel- und Verteilersystem zur Information, Kommunikation, Diskussion, gegenseitiger Kritik und Selbstkritik unter den Gefangenen und ein Instrument zur Schulung der Gefangenen durch die Gefangenen sein. Es diente der Fortsetzung der kriminellen Bestrebungen der Vereinigung durch ein gemeinsames Lernprogramm, an dem die Gefangenen arbeitsteilig zusammenwirkten, um sich gegenseitig intensiv auf die Fortsetzung des bewaffneten Kampfes vorzubereiten. Die Prozeßvorbereitung war höchstens ein Nebenzweck. Das hat der Angeklagte erkannt und gebilligt.“*³⁴⁾

Der Rheinische Merkur faßte anhand des Urteilstextes zusammen:

*„An einer konkreten Aufforderung zum Mord, so daß Gericht, habe es zwar gefehlt, der Fortsetzung des bewaffneten Kampfes der Terroristen habe sein Info-System aber gedient.“*³⁵⁾

In einer Pressemitteilung der Fraktion Die Grünen (30. 3. 1985) liest sich die Tätigkeit Ströbeles so: *„1983 Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe von 10 Monaten mit Bewährung wegen Tätigkeit als Verteidiger für Gefangene der RAF...“*

Die Verteidigung sah z. B. bei den Attentätern auf die Deutsche Botschaft in Stockholm so aus, daß laut AP eine Aussetzung des Verfahrens beantragt wurde. Die Angeklagten würden nämlich „unter das Kriegsvölkerrecht“ fallen, weil sie sich „im Kriege mit der Bundesregierung“ befänden.³⁶⁾

Seinen Angaben entsprechend ist noch zu erwähnen, daß er die Terroristen der Baader-Meinhof-Bande als „Genossen“ bezeichnete.³⁷⁾

In einem Ausschlußverfahren der Anwaltskammer ließ er sich gemäß der Frankfurter Rundschau durch den Ost-Berliner Staranwalt Karl-Friedrich Kaul vertreten.³⁸⁾

Noch bevor Ströbele in den Deutschen Bundestag einzog, bekannte er:

*„Unwohl fühle ich mich mit dieser Kandidatur, weil es meinem Verständnis von Basisdemokratie widerspricht ...“*³⁹⁾

So faßte er das Parlament auch nicht als Ort der Rede und Gegenrede auf, sondern als Propagandainstrument. In der Debatte zum Volkszählungsgesetz 1986 am 26. 9. 1985 rief er öffentlich zu Boykottmaßnahmen gegen die Volkszählung auf: *„Ich rufe die Bevölkerung auf, sich an dieser Volksdatenerhebung nicht zu beteiligen.“*⁴⁰⁾

Für einen „Friedensfreund“, der der Bundesrepublik Deutschland im Verteidigungsfall das Recht auf Selbstverteidigung mit Waffen abspricht, ist folgende Äußerung bemerkenswert: *„... es gibt politische Situationen in der Welt — für mich bestehen die etwa in Guatemala oder El Salvador —, wo leider ein menschenwürdiges Leben nicht ohne die Anwendung von Gewalt zu erreichen ist.“*⁴¹⁾

Gegen Ströbele nehmen sich die anderen Verhandlungsführer der AL mit der SPD, Frau Arkenstette und Harald Wolf, eher bescheiden aus:

★ **Arkenstette, Birgit:** In einer Kurzvorstellung gibt sie über sich bekannt: *„Jugendzentrum-Bewegung, Sozialistische Studiengruppen, Austritt, Alternative Liste Berlin, Interessen: nach wie vor alles, was mit Frauen zu tun hat.“*⁴²⁾

An einer anderen Stelle schreibt sie über sich: *„Während des Studiums habe ich in den Sozialistischen Studiengruppen mitgemacht, Theoriegruppen, die über Kapital-Kurse entstanden sind.“*⁴³⁾

★ **Wolf, Harald:** Von ihm ist nur bekannt, daß er „früher Trotzki“⁴⁴⁾ gewesen sein soll und laut einer anderen Meldung der „Gruppe Internationaler Marxisten“ angehörte.⁴⁵⁾

3. Die Abgeordneten

★ **Bischoff-Pflanz, Heidi:** Spitzenkandidatin der AL, schreibt in der Kandidatenvorstellung der AL über sich: *„Nominiert von Bezirk Schöneberg, ImmigrantInnen/Flüchtlingsbereich. 46 Jahre, Sozialarbeiterin, bis 1985 Schwerpunkte auf Sozial- und Gewerkschaftspolitik. Von April 1985 für 24 Monate mit dem Status einer Abgeordneten ausgestattet, Politik rund um, vor allem mit Menschen, mitunter auch im Parlament. Hier Verhinderung des Zimmermannschen Ausländergesetzes, Öffnung der Grenzen für Flüchtlinge,*

politische und wirtschaftliche Gleichstellung für ImmigrantInnen und Flüchtlinge.“

Sie demonstrierte 1986, laut Spiegel, zivilen Ungehorsam als Initiatorin einer „Aktion Fluchtbürg“, die ausweisungsbedrohte Ausländer vor der Polizei versteckte.⁴⁶⁾

In einer internen Kandidatenvorstellung erzählt sie u. a. über sich: „*Seit diesem Jahr (1963) arbeite ich nämlich und seitdem bin ich auch Gewerkschaftsmitglied, allerdings mit unfreiwilliger Unterbrechung. Ich war — wie es so schön heißt — ehrenamtliche Funktionärin (Vorsitzende der Abteilung Sozialarbeit in der ÖTV) mit unbequemem Hang zur Basis. Über meine Erfahrungen als junge Frau in männlich dominierten Gremien könnte ich Seiten füllen, ebenso über meine Erfahrungen, die zum Ausschluß aus der ÖTV geführt haben. Kurz gefaßt: ich wurde als Gewerkschaftsschädling entfernt, weil ich gegen Unvereinbarkeitsbeschlüsse und Berufsverbote innerhalb und außerhalb der Gewerkschaft in Initiativen gekämpft habe. Im logischen Zusammenhang mit der damaligen politischen Situation wurde ich auch arbeitslos. In den Zeiten dazwischen nahm ich mir aber noch die Zeit, eine Wunschtochter, Kathrin (14 Jahre), zu bekommen. Da ich Bewegungen liebe, war ich auch in der „APO“ und auf der Straße demonstrierend zu finden, und ich kam immer wieder in die Situation, außen die Gewerkschaftsfrage zu vertreten und in der Gewerkschaft die Wichtigkeit von außerparlamentarischen Aktionen. (Das Thema kommt mir heute wieder sehr bekannt und wichtig vor!) Als ein politisches Tauwetter gegenüber den Verfassungsfeinden durch die Sozialdemokraten eingeläutet wurde, kam ich wieder zu Arbeit in meinem Beruf, ja sogar im öffentlichen Dienst.“⁴⁷⁾*

★ **Köpl, Bernd:** geb. 25. 9. 1948 in Güterod/Hessen. Ledig, ein Kind. Am 31. 8. 1983 Nachrücker im Berliner Abgeordnetenhaus, gibt über sich bekannt: „Elektriker, dann Studium der Politik und Geschichte. Mitarbeit in verschiedenen Uni-Basisgruppen, ÖTV-Mitglied; Gründungsmitglied der Alternativen Liste Berlin (AL).“⁴⁸⁾

Der Bundes-Verfassungsschutzbericht für das Jahr 1984 schreibt über die Basisgruppen: „Die Basisgruppenfraktion in den Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) erklärte, sie wolle über reformistische Perspektiven hinauskommen; sie setze nicht auf Emanzipation durch fortschrittlichen Gebrauch des bestehenden Staates, sondern auf eine radikale Umwälzung von Hochschule, Wissenschaft und kapitalistischer Gesellschaft. Auch kleinere Gruppierungen der Neuen Linken an den Hochschulen propagierten den Kampf gegen die herrschenden Strukturen — Staat und Kapitalismus; sie forderten die Abschaffung des staatlichen Gewaltmonopols und allumfassende gesellschaftliche Veränderungen mit dem Ziel einer basisdemokratischen freien sozialistischen Gesellschaft.“

★ **Birkelbach, Dagmar:** War bereits Mitglied des Berliner

Abgeordnetenhaus. Ihr Lebenslauf im Berliner Parlamentshandbuch: „Büroangestellte, Berlin, geb. 6. 6. 1955 Bergen, Kreis Celle, Gymnasium, 1974 Abitur. Danach Studium der Fächer Geschichte und Deutsch an der TU Berlin, Abschluß 1. Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien. Tätig als Büroangestellte; mit Übernahme des Mandats Tätigkeit aufgegeben. Seit 1978 Mitglied der AL, Mitglied GEW, MdB seit April 1985.“⁴⁹⁾ „Zu ihrer politischen Vergangenheit zählt die **Mitgliedschaft im Kommunistischen Bund.**“⁵⁰⁾

Im Verfassungsschutzbericht 1977 heißt es über den Kommunistischen Bund: „Der KB, der sich bisher kein schriftliches Programm gegeben hat, beruft sich in seinem Statut auf den Marxismus/Leninismus und seine Weiterentwicklung durch Mao Tse-tung, kritisierte aber die VR China und die anderen sozialistischen Staaten. Er behauptete erneut, in der Bundesrepublik Deutschland wachse die Tendenz zur Faschisierung zusehends. Der Gewaltanwendung steht der KB nicht prinzipiell ablehnend gegenüber, sondern betrachtet sie lediglich unter dem Gesichtspunkt der taktischen Erfordernisse (Arbeiterkampf vom 4. 4. 1977).“

★ **Haberkorn, Michael:** geb. 12. 1. 1947. Für die AL seit April 1985 Mitglied des Abgeordnetenhaus von Berlin. In einer internen Kandidatenvorstellung gibt er u. a. über sich an: „4/70 bis 3/73 Studium an der Fachhochschule für Sozialarbeit/Pädagogik Berlin (Prüfung bestanden). Anfangs Semestersprecher, dann verlobt, **dann KBW-Schulung**, dann Prüfung.“⁵¹⁾

Der Bundes-Verfassungsschutzbericht des Jahres 1979 schreibt über das Selbstverständnis des KBW: „Der pro-chinesische KBW tritt unverändert für die Zerschlagung des imperialistischen Staatsapparates durch die proletarische Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats beim Aufbau des Sozialismus ein.“

★ **Künast, Renate:** In der Kandidatenliste der AL stellt sie sich vor: „Nominiert vom Bereich Demokratische Rechte, 32 Jahre, als Sozialarbeiterin im Strafvollzug tätig, jetzt Rechtsanwältin, von 1985 bis 1987 im Abgeordnetenhaus, dort Mitglied des Rechtsausschusses und Fragen der Rechte der bzw. gegen die Alliierten.“ Sie forderte — laut „Spiegel“ — noch unlängst die „Abschaffung der Gefängnisse“.⁵²⁾

★ **Schraut, Lena:** „Nominiert vom Bereich Demokratische Rechte, 43 Jahre, Lehrerin, **ehemalige Hausbesetzerin und Mitglied bei den autonomen Sanis**, seit 1983 aktiv gegen verschiedene Versuche, das Volk zu zählen und zu verdaten, öffentliche Wäscherin von Personalausweisen, Mitarbeiterin der Datenschutz-AG der AL, von 1985 bis 1986 GA-Mitglied.“ Sie machte — laut „Spiegel“ — in öffentlicher Aktion ihren Personalausweis durch Waschen unleserlich.⁵³⁾

★ **Weißler, Sabine** schreibt über sich selbst: „Nominiert vom Kulturbereich, 30 Jahre, Studium der Politik und Kunstgeschichte, arbeitet in einem

Museum, Gründungsmitglied des Vereins Aktives Museum, Faschismus und Widerstand in Berlin, berufliche und politische Arbeit in Projekten wie zum Gestapo-Gelände und gegen das Historische Museum. "Laut „Spiegel“ warb sie für eines der letzten besetzten Häuser, das Projekt „KuKuCK“. ⁵⁴⁾

★ **Schramm, Hilde:** Ihre Vita: „Nominiert vom Bezirk Steglitz und vom Friedensbereich. 52 Jahre, Lehrerin, Soziologin, habilitierte Erziehungswissenschaftlerin. Engagiert in Hochschulfragen, Friedens- und Frauenbewegung. Von 1985 bis 1987 im Abgeordnetenhaus, dort besonders Hochschulpolitik, Wissenschafts- und Hochschulprobleme, Themen der jüngsten Geschichte und Verarbeitung des Faschismus.“ Frau Schramm, **Tochter von Hitlers Rüstungsminister Speer** ⁵⁵⁾ ist auf Vorschlag der AL-Fraktion zur Vizepräsidentin des Berliner Abgeordnetenhauses gewählt worden.

4. Der Führungskader

★ **Benedikt (Benny) Härlin:** Er ist Europaabgeordneter; sein Lebenslauf im EP-Handbuch gerät etwas kurz:

„Journalist, geb. 1. 1. 1957 Stuttgart, Pressesprecher des Vereins „Netzwerk Selbsthilfe e. V.“ ⁵⁶⁾

Diesen etwas dürftigen Angaben eines „Volksvertreters“ sollte man zumindest folgende Informationen aus der Presse hinzufügen: Härlin druckte nach übereinstimmenden Presseinformationen als verantwortlicher Herausgeber **Bekennerschriften der terroristischen Revolutionären Zellen** in der im Verfassungsschutzbericht genannten Berliner Zeitschrift „radikal“ ab. Härlin wurde am 1. März 1984 vom Kammergericht Berlin in erster Instanz wegen öffentlicher Aufforderung zu Straftaten in Tateinheit mit Billigung von Straftaten und Werbung für eine terroristische Vereinigung zu einer Freiheitsstrafe von 2½ Jahren ohne Bewährung verurteilt. ⁵⁷⁾ Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig, weil Härlin vorläufig als Europaabgeordneter durch seine Immunität der Gerichtsbarkeit entzogen ist.

★ **Michael Klöckner:** Europaabgeordneter mit folgendem aufschlußreichen Lebenslauf laut EP-Handbuch:

„Freier Journalist, Student, geb. 10. 7. 1955 Bad Kreuznach, ARC.“ ⁵⁸⁾

Klöckner ist Kollege von Härlin. Er druckte nach übereinstimmenden Presseinformationen als verantwortlicher Hersteller **Bekennerbriefer der Revolutionären Zellen in der Berliner Zeitschrift „radikal“** ab. Klöckner wurde am 1. März 1984 vom Kammergericht Berlin in erster Instanz wegen öffentlicher Aufforderung zu Straftaten und Werbung für eine terroristische Vereinigung zu einer Freiheitsstrafe von 2½ Jahren ohne Bewährung verurteilt. ⁵⁹⁾ Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig, weil Klöckner als Europaabgeordneter durch seine Immunität der Gerichtsbarkeit entzogen ist.

Eine kleine Kostprobe aus veröffentlichten Texten der Zeitschrift „radikal“, dokumentiert in einer linken Zeitschrift:

● „Nach der El Salvador-Demo wurde am Kotti Aldi geplündert. Da schlägt das Herz jedes traditionsbewußten Lokalpatrioten höher. Andererseits, wenn es schon umsonst ist, warum dann diese Plastikscheiße, warum nie Delikateßgeschäfte? Wem der Appetit nicht vergeht, wenn es beim Frühstücksei nach Fischmehl stinkt, ist kulturell integriert. Übrigens ist nicht einzusehen, warum Banken gescherbt werden und Fernseh-Geschäfte unbeschadet bleiben.“

● „Daß der gesamte Bau mit all seinen Computern abbrannte, war Glückssache. Daß dabei keine Menschen gefährdet wurden, nicht.“

● „Wir haben am Morgen des 2. April dreiundzwanzig Objekte entglast und einige Zweigstellen des Kapitals vorübergehend geschlossen. Unser Haß gilt dem ganzen System der Unterdrückung, Verelendung und Zerstörung.“⁶⁰⁾

Ströbele, der Verteidiger Härlins, stellte laut ap zu dieser Art von Meinungsäußerungen fest: „In einer offenen Gesellschaft, in der im Gegensatz zu Diktaturen die Presse- und Meinungsfreiheit gesetzlich garantiert sei, müsse es möglich sein, auch nicht staatskonforme Positionen unbehelligt veröffentlichen zu können.“⁶¹⁾

★ **Dieter Kunzelmann:** Alternative Liste, Mitglied des Berliner Abgeordneten-Hauses von Juni 1983 bis 1985. Laut einer mitgeschnittenen Rundfunksendung berichtet er über sich selbst: „Also, ich war schon aktiv bei den Auseinandersetzungen 1962 in Schwabing dabei. Und, ja, bin dann 1966 von München nach Berlin gezogen und, ja, war ab da im SDS und der antiautoritären Bewegung sehr aktiv. Und war von 70 bis 75 im Gefängnis wegen angeblicher terroristischer Anschläge. Und von den fünf Jahren Gefängnis, die ich abgesessen habe, mußte selbst drei Jahre dann das Gericht zugestehen, daß ich unschuldig in Untersuchungshaft gesessen hab. Und bin 1975 herausgekommen und sympathisierte dann mit einer der kommunistischen Gruppen, der KPD. War aktiv in der Roten Hilfe und habe dann ab Frühjahr/Sommer 1978 die Alternative Liste mitgegründet und seitdem in der Alternativen Liste aktiv, besonders in dem Bereich demokratischer Rechte, wo wir uns um Justiz, Polizei und Datenschutz und also Einschränkung demokratischer Rechte kümmern. Und werde jetzt im Sommer nachrücken ins Abgeordnetenhaus.“⁶²⁾

Die Wochenzeitung „Die Zeit“ schreibt über ihn: „Dieter Kunzelmann hat seine speziellen Erfahrungen mit Justitia gemacht. Insgesamt hat es rund 40 Ermittlungsverfahren gegen ihn gegeben, ein paar haben zu Urteilen geführt. Das erste gab es 1962, nach einem tatsächlich sehr blasphemischen Gedicht, wegen Gotteslästerung und Pornographie: sechs Monate auf Bewährung. Das schwerste kam 1972: Wegen versuchten Mordes und fortgesetzter Brandstiftung wurde er zu neun Jahren und einem Monat Freiheitsstrafe verurteilt. Der Bundesgerichtshof hob dann freilich das Urteil gegen den vermeintlichen Terroristen auf; im Juni 1973 wurde Kunzelmann vom Mordvorwurf

freigesprochen und nur noch wegen Urkundenfälschung verurteilt: vier Monate Haft. Unmittelbar darauf kam ein Urteil in einem anderen Verfahren, das die Staatsanwaltschaft gesondert geführt hatte. Das Landgericht Berlin brummte ihm darin 21 Monate auf, weil er 1970 zwei Brandanschläge verübt habe. Bei dem einen demolierte er das Privatauto des Leiters der Strafanstalt Tegel (Sachbeschädigung), der zweite richtete sich gegen das Einfamilienhaus des damaligen Chefredakteurs der Berliner Zeitung (BZ), wobei an der Wand des Hauses ein Rußfleck entstand (versuchte menschengefährdende Brandstiftung).“⁶³⁾

Und der „Stern“ führt weiter aus: *„Schließlich ist allgemein bekannt, daß der Ex-Kommunarde sich nicht nur mal am Rande mit Bomben beschäftigt hat. Er hat gelernt, wie man welche baut, bei PLO-Kämpfern in Jordanien. Dahin war er 1969 geflohen, weil er sonst in Berlin 15 Monate Gefängnis hätte absitzen müssen, acht davon wegen Störung des Parlamentsfriedens ... Noch hinter Gittern nahm Kunzelmann den ersten Anlauf zum Sprung ins Berliner Abgeordnetenhaus. Bei den Wahlen am 2. März 1975 kandidierte er für die maoistische KPD, ohne Mitglied zu sein ... Mit der KPD hatte er häufig Krach: Die waren mir in vielen Sachen zu verbissen. Und nachdem er endlich Mitglied geworden war, löste sich die Partei auf.“⁶⁴⁾*

Seit Anfang Mai 1987 war Kunzelmann wieder einmal per Haftbefehl gesucht worden. Nachdem er sich geweigert hatte, an einem Prozeß wegen Verunglimpfung des Staates weiter teilzunehmen, tauchte er unter. Zu seiner Festnahme kam es, als Kunzelmann sich getarnt mit einer Perücke in eine Feierstunde für den schwedischen Ministerpräsidenten Carlson in das Rathaus Schöneberg einmogelte. Noch bevor Carlson sich in das Goldene Buch der Stadt eintragen konnte, stürmte er auf das Podium, bemächtigte sich des Mikrofons und stieß wilde Beschuldigungen von sich. Nachdem Berlins Regierender Bürgermeister Diepgen vergebens versucht hatte, den Randalierer zu beschwichtigen, überwältigte er den früheren Kommunarden. Kunzelmann wurde daraufhin in das Untersuchungsgefängnis nach Moabit eingeliefert.⁶⁵⁾

★ **Gerd Klöpfer:** 1985 Kandidat der Alternativen Liste zum Abgeordneten-Haus Berlin: Im Februar 1975 hat er sich laut Gerichtsurteil an der Entführung des CDU-Politikers Peter Lorenz zur Freipressung von Terroristen beteiligt. Am 13. Oktober 1980 verurteilt zu 11 Jahren und zwei Monaten Gefängnis wegen Geiselnahme in Tateinheit mit erpresserischem Menschenraub und Nötigung von Mitgliedern eines Verfassungsorgans, schweren Raubes, unbefugten Waffenbesitzes, Mitgliedschaft einer kriminellen Vereinigung, nämlich „Bewegung 2. Juni“. Oktober 1982 nach siebeneinhalb Jahren Haft vorzeitig entlassen, Reststrafe auf Bewährung ausgesetzt.⁶⁶⁾

★ **Ulf Preuß-Lausitz:** Er war Kandidat der Alternativen Liste für das Berliner Abgeordnetenhaus im Jahre 1984. 1977 war er Mitherausgeber der Dokumentation „**Buback — Ein Nachruf**“. Diese publizistische Kampagne

unterstützte in agitatorischer Art die Verbreitung des sogenannten „Buback-Nachrufes“, der von „klammheimlicher Freude“ über den Mord an Generalbundesanwalt Buback sprach. Preuß-Lausitz bezeichnete sich damals für folgende Erklärung mitverantwortlich: *„Wir sehen uns veranlaßt, einen Nachruf zu veröffentlichen — einen Nachruf, den zu veröffentlichen unter Strafe gestellt worden ist ... Warum wird dieser Artikel unterdrückt? Die Publikation der unbotmäßigen Gefühle eines Studenten trifft auf eine Situation, in der der Staat Trauer für einen seiner Repräsentanten verordnet und in Szene setzt ... Die Unterdrückung und Verfolgung des Artikels ist Selbstausschlag dieser Gewaltverhältnisse: während jeder Ansatz sozialistischer Kritik und Praxis erstickt werden soll, können sich faschistoide Tendenzen ungehindert breit machen ...“* ⁶⁸⁾

★ **Reimund Helms:** War in der 10. Wahlperiode Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses. Sein Lebenslauf nach dem Parlamentshandbuch:

„Drucker, Berlin 61, geb. 23. 1. 1954 Sülze, Kr. Celle; ledig, 1972 Abitur. Danach Ausbildung als Drucker. Seit 1978 Mitglied der AL und seit 1979 Mitglied der Partei Die Grünen. 1980/83 Fraktionssprecher der AL in der Bezirksverordnetenversammlung Kreuzberg. Seit 1974 Mitglied der IG Druck und Papier und seit 1977 der ÖTV. Mitglied des Mietervereins MdA seit April 1985.“ ⁶⁹⁾

Vor seinem Übertritt zur Alternativen Liste war Helms nach Angaben der Berliner Morgenpost **Mitglied des Kommunistischen Bundes.** ⁷⁰⁾ Helms wurde laut „Die Welt“ im Dezember 1982 wegen Hausfriedensbruch im Zusammenhang mit einer Hausbesetzung zu einer Geldstrafe verurteilt und wirkte im Oktober 1983 bei der Blockade der „Andrew Baracks“ in Berlin mit.“ ⁷¹⁾

★ **Christiane Zieger:** war von 1983 bis 1985 Nachrückerin der Alternativen Liste (AL) im Berliner Abgeordnetenhaus. Im Volkshandbuch des Abgeordnetenhauses Berlin berichtet sie über sich selbst:

„Geboren am 21. März 1952 in Hamburg. 1 Kind. Grundschule. Realschule. Schule für Krankengymnastik im Universitätskrankenhaus Eppendorf/Hamburg. 1973 staatliche Anerkennung als Krankengymnastin. 1973/75 Tätigkeit als Krankengymnastin. 1977 Abitur über den zweiten Bildungsweg. 1977 bis Mai 1983 Krankengymnastin in krankengymnastischen Praxen. Sprachkenntnisse: Englisch (Grundkenntnisse).“ ⁷²⁾

In einer internen Kandidatenvorstellung gab Frau Zieger bekannt: *„Meine politischen Aktivitäten beschränken sich nicht nur auf die AL, obwohl ich in die AL meine Hauptarbeit hineinstecke. Ich bin unbedingt für politische Mehrfachbeziehungen, also gegen Unvereinbarkeitsbeschlüsse, für Doppelmitgliedschaft. Konkret heißt das für mich: verheiratet mit dem KB, verlobt mit der AL und zusätzlich entwickeln sich freundschaftliche Beziehungen zu den Grünen.“* ⁷³⁾

In der Berliner Ausgabe der Tageszeitung ist in ironisierender Form weiter über sie zu erfahren: „Das vierte Sicherheitsrisiko auszufüllen, bleibt Christiane Zieger aus Kreuzberg überlassen. Tinus unterstützte den **spontaneistischen KB (Nord)**, um sich später der **Gruppe Z (Zebra)** verbunden zu fühlen.“⁷⁴⁾

Im Bundes-Verfassungsschutzbericht 1982 wird über die „Gruppe Z“, eine Abspaltung des KB, festgestellt: „Die Gruppe Z, Ende 1979 vom **Kommunistischen Bund abgespalten**, mit noch etwa 150 Mitgliedern vorwiegend in Hamburg (1981: ca. 200), konzentriert sich weiterhin auf die Mitarbeit in der Partei Die Grünen; sie stellt einen der drei Sprecher im Bundesvorstand der Grünen und beeinflusst maßgeblich den Hamburger Landesverband dieser Partei. Über eine Grün-Alternative Liste (GAL) gelangten bei der Wahl am 6. 6. zunächst zwei, bei der Wahl am 19. 12. ein Mitglied der Gruppe in die Hamburger Bürgerschaft. Vier Mitglieder der Gruppe Z wurden in die Bezirksversammlungen gewählt.

Führende Funktionäre der ‚Gruppe Z‘ sprachen Mitte des Jahres von einer schrittweisen Entwicklung der Kritik an einzelnen Positionen des Leninismus und Versuchen zu einer ‚Synthese von Marxismus und politischer Ökologie‘. Avantgardeansprüche auf dem Weg zu einer ‚sozialistischen Umwälzung‘ lehnte die Gruppe ab, sie halte jedoch am ‚Prinzip der besonderen Organisation der Marxisten‘ fest (Interview in der Tageszeitung vom 10. 8. 1982).“

★ **Dirk Schneider:** Ist Mitglied der Alternativen Liste Berlin und war von 1983 bis März 1985 Bundestagsabgeordneter. Er läßt über sich im Handbuch des Bundestages festhalten:

„Journalist, Berlin, geb. 21. 4. 1939 Rostock, verh., 2 Kinder, Abitur 1957 in Rostock, 2. Abitur 1958 in Göttingen. Architekturstudium in Braunschweig 1958/61. 1963/67 Studium der Geschichte, Publizistik und Philosophie FU Berlin. Seit 1968 als Journalist tätig im Bereich Fernsehen. Beteiligt an der Gründung der APO-Zeitung „Agit 883“ und des Alternativblattes „radikal“. Mitgl. der Berliner Zeitungskoooperative e.V. und bei Netzwerk Berlin e.V. sowie der Rundfunk-Fernseh-Film-Union (RFFU) im DGB. Mitgl. im Sportclub „1. FC Internationale“. 1978 Gründungsmitgl. AL Berlin. 1979 Eintritt in Die Grünen. 1979/81 Vors. AL-Fraktion in der Bezirksverordnetenvers. Berlin-Kreuzberg. 1981/82 Mitgl. geschäftsf. Ausschuß AL Berlin.“⁷⁵⁾

Neben diesen Angaben ist der Presse zu entnehmen, daß Schneider Anfang der 70er Jahre **Anhänger der aufgelösten KPD**⁷⁶⁾ gewesen sein soll und daß die von ihm 1969/70 mitbegründeten Zeitschriften „Agit 883“ und „radikal“⁷⁷⁾ in verschiedenen Verfassungsschutzberichten genannt werden. „radikal“ ist das Blatt, in dem die Europaabgeordneten Härlin und Klöckner die Bekenntnisschriften von Terroristen veröffentlicht haben und „die nach den Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden als Mitteilungsblatt bisher unentdeckter Terroristen aus den Revolutionären Zellen (Sprengstoffattentate

auf US-Einrichtungen) gilt. Deswegen lief 1983 gegen Schneider ein Ermittlungsverfahren der Berliner Staatsanwaltschaft⁷⁸⁾

Im Jahre 1984 wurde im Verfassungsschutzbericht festgestellt: „Das bislang in Berlin herausgegebene Szeneblatt radikal stellte im Frühjahr wegen Differenzen über die inhaltliche Konzeption und Zweifeln an der politischen Basis sein Erscheinen für längere Zeit ein. Im September erschien eine weitere Ausgabe. Die Verfasser blieben anonym; als Bezugsquelle nannten sie die Anschrift einer Alternativzeitung in der Schweiz.“⁷⁹⁾

Bezeichnend ist auch, daß Schneider laut Meldung des Spiegels, Nr. 37/1987, als damaliger AL-Pressesprecher Verständnis für einen Anschlag gegen einen taz-Redakteur fand. Das Auto des taz-Redakteurs wurde mit Steinen beworfen, und dessen Keller wurde in Brand gesteckt, nachdem er einen ironischen Kommentar zum Auftreten autonomer Gruppen verfaßt hatte. Schneider fügte der Stellungnahme der AL handfeste Kritik an der „taz“ hinzu. „Tenor: selber schuld.“

Laut Pressemeldung trägt Schneider aufgrund seiner ausgezeichneten SED-Kontakte den Spitznamen „Die ständige Vertretung“.⁸⁰⁾

★ Klaus-Jürgen Schmidt: ist Mitglied der Alternativen Liste Berlin und kandidierte 1981 erfolgreich für das Berliner Abgeordnetenhaus. Sein Lebenslauf im Handbuch des Berliner Parlaments: „Grundschule, Hauptschule. 1970 bis 1972 kaufmännische Berufsfachschule und Erwerb der mittleren Reife. Kaufmännische Lehre. 1975 Abschlußprüfung als Industriekaufmann. Sprachkenntnisse: Englisch (Grundkenntnisse).“⁸¹⁾

In einem internen Kandidatenrundbrief stellte er sich dagegen wie folgt vor: *„Ich bin Mitglied der KPD. Die Bezirksgruppe Kreuzberg der AL unterstützt mehrheitlich meine Kandidatur für den GA. Auf der Bezirksgruppensitzung am 12. 11. wurde von den Anwesenden folgendes Meinungsbild über den Vorschlag, daß ich für den GA kandidieren soll, hergestellt: dafür 12, dagegen 0, Enthaltungen 12. In der Diskussion über meine Kandidatur wurde von niemandem Kritik an meiner bisherigen AL-Arbeit geäußert, einige Freunde äußerten ihre Bedenken zu meiner Kandidatur wegen meiner KPD-Mitgliedschaft und einer eventuellen ‚KPD-Majorisierung‘. Nach meiner Ansicht zeigte diese Diskussion über das demokratische Selbstverständnis der AL, in der es auch keine indirekten Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen Kommunisten, Sozialisten, Ökologen oder sonst wen geben darf, solange sich diese Mitglieder an die demokratischen Prinzipien der AL halten, weitergeführt werden muß.“*⁸²⁾

*„Er wurde erstmals 1970 bei Schülerstreiks aktiv, die sich gegen Kürzungen des Schuletats richteten. Später gehörte er einer Jugendorganisation der maoistischen KPD an.“*⁸³⁾

Im Verfassungsschutzbericht wird über die KPD festgehalten: „Die KPD bekennt sich unverändert zum Marxismus/Leninismus und will Erbe der

großen revolutionären Tradition der KPD vor 1956 sein. Sie kämpft für den bewaffneten Sturz der Ausbeuterherrschaft und erklärt dazu: für uns haben die Gesetze der Bourgeoisie keine Gültigkeit.“

Zusammen mit seinem Abgeordnetenkollegen M. Wendt von der Alternativen Liste Berlin machte Schmidt in einem Interview mit dem Spiegel seine Einstellung zur Gewalt deutlich: „Wir haben die Gewalt nicht erfunden, wir haben sie vorgefunden. Wir gehen davon aus, daß tatsächlich Verhältnisse bestehen, die auf Gewalt beruhen.“⁸⁴⁾

Und weiter: „Es war politisch notwendig, daß beispielsweise im Dezember am Ku'damm die Steine geflogen sind.“⁸⁵⁾ Einschränkend vermerken M. Wendt und K.-J. Schmidt: „Wenn Steine der Bewegung schaden, sind sie politisch nicht mehr sinnvoll.“⁸⁶⁾

★ **Rebekka Schmidt**: Berlin, geb. 1. 3. 1954. Sie war 1980/81 Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses der Alternativen Liste in Berlin und Kandidatin für ein Bundestagsmandat. Im Jahre 1983/84 war sie eine der Sprecher des Bundesvorstandes der Grünen. Sie trat nach Presseberichten 1971 der KPD-Nebenorganisation „Liga gegen den Imperialismus“ bei.⁸⁷⁾ „1974/75 nahm sie an Veranstaltungen des „Kommunistischen Studentenverbandes“ (KSV), ebenfalls Nebenorganisation der KPD, teil.“⁸⁸⁾ Sie selbst schreibt in einer Kandidatenvorstellung für die Bundestagswahl im Dezember 1982 über sich: „1973 bestand ich mein Abitur und studierte anschließend (viel zu lange) Jura. Die lange Studiendauer hatte nicht zuletzt ihre Ursache darin, daß ich während dieser Zeit ausgiebigst politisch aktiv war. Wen es heute noch interessiert, wo: im Umkreis der KPD.“⁸⁹⁾

★ **Jürgen Wachsmuth**, Mitglied der Alternativen Liste, von Februar 1983 bis April 1985 im Berliner Abgeordnetenhaus, dort zeitweise auch Fraktionsvorsitzender der AL. Sein Lebenslauf laut Parlamentshandbuch: „Kaufmännischer Angestellter; Berlin; geb. 30. 4. 1951 Berlin; Grundschule; Gymnasium. Kaufmännische Lehre, 1971 Kaufmannsgehilfenprüfung. Seither kaufmännischer Angestellter. Auslandsaufenthalte: 1973/74 Frankreich; 1980 Dominikanische Republik. Seit 1978 Mitglied der AL; MdA seit Februar 1983.“⁹⁰⁾

Wachsmuth war nach Angaben der „tageszeitung“ Mitglied und Funktionär der KPD.⁹¹⁾

★ **Uwe Tietz**, Mitglied der Alternativen Liste im Berliner Abgeordnetenhaus von Juni 1983 bis April 1985 mit folgendem offiziellen Lebenslauf:

„Kleinunternehmer, Berlin; geb. 20. 11. 1947 Berlin; ledig; Grundschule, Hauptschulabschluß, Abendschule. 1963/66 Speditionskaufmannslehre mit Abschluß. 1966/69 kaufmännischer Angestellter in der Industrie. 1969/70 Erzieher (ohne Ausbildung) in staatl. Einrichtungen. 1970/71 Kraftfahrer im Handel. 1971/75 Lagerverwalter, Mitgl. des Betriebsrates der Firma Krone.

1975/77 Aufzugsmonteur. 1977/79 Ausbildung zum Schlosser. 1979/80 Aufzugs- und Lüftungsmonteur. Seit 1980 selbständiger Kleinunternehmer in der Autovermietungsbranche. Nebenberuflich Versicherungsvertreter. Seit 1978 Mitgl. der AL. Mitgl. des Bildungswerkes für Demokratie und Umweltschutz e.V., des Netzwerkes e.V., des SV Solidarität e.V., der Innung des Berliner Taxigewerbes e.V., MdA seit Juni 1983.“⁹²⁾

Auch er verschweigt seine **Mitgliedschaft in der KPD**, die die „tageszeitung“ angibt.⁹³⁾

Über Wachsmuth und Tietz berichtet die taz folgendermaßen: „Jürgen Wachsmuth und Uwe Tietz gehörten ebenfalls zur KPD. Wachsmuth soll als Truppenleiter die Rote Fahne (Zentralorgan der KPD) verkauft haben ... Allwöchentlich brachten sie den Masochismus auf, an Samstagen an der Ecke Hermann/Herfurther Straße das Organ zu vertreiben. Wir brachten es auf 10 bis 15 Exemplare, erzählt einer von ihnen. Tietz erhielt übrigens bei den Wahlen 1975 mit 1,2 Prozent das beste Ergebnis aller KPD-Kandidaten.“⁹⁴⁾

★ **Wolfgang Wieland**: Fraktionssprecher der AL im Berliner Abgeordnetenhaus bis Ende der 10. Wahlperiode schreibt 1985 in seiner Kandidatenvorstellung:

„Beeinflußt von linkskirchlichen Kreisen Mitte der 60er Jahre als Schüler in Frankfurt in der Ostermarschbewegung und Anti-Notstands-Kampagne aktiv. 1966 lieber nach Berlin als zur Bundeswehr übergesiedelt. Studentenbewegung. Nacheinander Mitarbeit in ad hoc Gruppe Jura, Roter-Zelle-Jura und KSV-Zelle Jura. Als Vorsitzender der ÖTV-Fachgruppe Gerichtsreferendare aus der Gewerkschaft ausgeschlossen wegen der presserechtlichen Verantwortlichkeit für eine Zeitungsanzeige zum ersten Hungerstreik der politischen Gefangenen. Im Staatsdienst jedoch verblieben bis zum Erwerb der Befähigung zum Richteramt, jedoch keine Neigung, selbiges in dieser Gesellschaft zu ergreifen. Als Anwalt seit 1976 engagiert im Mahlerkomitee, der Berufsverbotekampagne und der Abwehr etlicher sozial-liberaler Anti-Terror-Pakete. Verteidiger im Lorenz-Drenkmann-Verfahren, vergeblicher Kampf gegen das Verschleppen der Gefangenen in den Hochsicherheitstrakt ... Wir sind kein Korrektiv wie die FDP, sondern wollen die andere Republik ...“⁹⁵⁾

Der „Kommunistische Studentenverband“ (KSV) gilt laut Verfassungsschutzbericht als Nebenorganisation der KPD.

★ **Peter Lohauß**: Kam im April 1985 für die AL in das Berliner Abgeordnetenhaus. In einer internen Vorstellung sagt er u. a. über sich aus: *„In Berlin bin ich seit 1969. Die wichtigste politische Praxis war für mich damals 7 Jahre antiautoritärer Kinderladen, die meiste Zeit zusammen mit meinem Sohn. Das Ende der Studentenbewegung führte mich in einen marxistischen Theoriezirkel. Meine Distanz zur SPD war die ganze Zeit recht groß, sie ist noch gewachsen, seitdem ich in meinem derzeitigen Beruf als Verwaltungsangestellter im Statistischen Landesamt Art und Weise sozialdemokratischer*

Stadtplanungspraxis teilweise auch von innen kennengelernt habe ... Angesichts der politischen Lage unserer Stadt wird sich die politische Aufgabe der AL so schnell nicht ändern: Durch inner- und außerparlamentarischen Druck die Lebens- und Entwicklungsinteressen einer Minderheit gegen die herrschende politische Mehrheit zur Geltung zu bringen.“⁹⁶⁾

★ **Martina Schmoldt:** kandidierte 1979 für das Berliner Abgeordnetenhaus. Frau Schmoldt schrieb damals über sich:

*„Ich bin 21 Jahre alt und von Beruf Handelsassistentin. Vor meiner AL-Zeit war ich an meiner ehemaligen Schule politisch aktiv und habe dort auch **mehrere Jahre mit der KPD zusammengearbeitet**. Nach meiner Schulzeit erschöpfte sich meine politische Arbeit darin, mal hier und da an Aktionen teilzunehmen. In unserer Parteienlandschaft bot sich keine Alternative für mich. Im Januar dieses Jahres bin ich dann zur Bezirksgruppe Neukölln gestoßen und habe seitdem dort mitgearbeitet. Außerdem war ich ein halbes Jahr lang Delegierte der Bezirksgruppe Neukölln. Ich möchte in Zukunft noch verstärkter daran arbeiten, daß unser Bündnis in seiner Breite erhalten bleibt und wir uns als politischen Faktor in dieser Stadt den etablierten Parteien entgegenstellen“⁹⁷⁾*

★ **Kordula Schulz:** geb. 31. 12. 1956 in Berlin. Von Juni 1983 bis 1985 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses. In einer linken Zeitung wird von ihr berichtet:

*„Damals waren für mich die Organisationsformen, daß die Politik an der Basis gemacht wird und nicht eine Führungsmannschaft entscheidet, das wichtigste. Wichtiger als das, was programmatisch festgeklopft wurde. Dabei haben wohl auch Erfahrungen, die ich zuvor im **Kommunistischen Oberschülerverband (KOV)** machen mußte, eine Rolle gespielt ...“⁹⁸⁾*

★ **Michael Eggert:** Kandidat der Alternativen Liste Berlin für das Berliner Abgeordnetenhaus 1985:

„Ich bin seit 6 Jahren kein Mitglied der Liste. An der Uni saß ich häufig hinter dem Büchertisch des KSV. Während zweier Hochschulstreiks wurde ich auf unseren echt vollen Vollversammlungen als der KSV-Typ gesehen. Dennoch konnte ich mein Rederecht durchsetzen. Zwar war ich auf mich allein gestellt, aber immerhin wurden aufgrund meiner Argumentation sogenannte KPD-Parolen gegen Gewerkschaftsausschlüsse, keine Verpflichtung auf die fdGo, ... vom Fachbereich Architektur als Streikparole mehrheitlich angenommen. Dies zu einer Zeit, wo sich der KSV unglaublich isoliert hatte. Ich bin zwar auf mein Durchsetzungsvermögen auch sehr stolz, erwähne dies aber deshalb, weil diese Erfahrung mir den Mut zur Kandidatur gegeben hat; auch eventuell im Abgeordnetenhaus vor mehrheitlich contra eingestellten Leuten nicht schlecht auszusehen (was natürlich noch nicht ausreicht).“⁹⁹⁾

★ **Reiner Esche** ging von dem KBW zur Berliner Alternativen Liste. Er schreibt über seine weiteren Bindungen zum KBW laut taz: „Bis heute weiß ich immer

noch nicht genau, ob ich eigentlich ausgetreten bin oder ob ich ausgeschlossen wurde. So einfach trennt man sich nicht von einer Sache, für die man die besten Jahre seiner Jugend hingegeben hat. Fünf Jahre.“¹⁰⁰⁾

★ **Ernst-Randolf Lochmann:** 1983 Kandidat der AL für den Deutschen Bundestag. In einer internen Kandidatenvorstellung gibt er u. a. über sich an:

„1952 bis zur Selbstauflösung: **Mitglied des Sozialist. Dtsch. Studentenbundes (SDS)** u. der Gewerkschaftl. Stud. Gemeinsh. 1956 bis 1960: **Mitglied der SPD**, 1960 **Ausschluß wegen Mitgliedschaft im SDS**. Anschließend **Mitbegründer und Mitglied verschiedener linker Organisationen, wie Vereinigung unabhängiger Sozialisten (VUS), November-Gesellschaft, Republikanischer Club und u. a. ...**“¹⁰¹⁾

★ **Annette Ahme:** geb. 31. 10. 1957. Für die AL seit April 1985 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin. In einer internen Kandidatenvorstellung schreibt sie u. a. über sich selbst:

„Nach meinen Anfängen in der **Spontibewegung** in Kaiserslautern habe ich hier in Berlin seit 1977 aktiv **Mieterpolitik** betrieben. Von 1977 bis 1982 habe ich den **Mieterrat Chamissoplatz** mit aufgebaut und hier kontinuierlich gearbeitet. Ich war an **mehreren Hausbesetzungen** und an den nachfolgenden Debatten und Verhandlungen beteiligt. Von 1981 bis 1983 war ich in der **BVV (Bezirksverordnetenversammlung) Kreuzberg** vor allem im **Bau- und Planungsausschuß** tätig.“¹⁰²⁾

In einer anderen Selbstdarstellung gibt Frau Ahme u. a. radebrechend über sich an: „Ich bin politisch aufgewachsen als **Sponti** in dem undogmatischen **Sumpf von Kaiserslautern**. 1976 kam ich nach Berlin und bin hier sehr schnell in der **Mieterbewegung** gelandet.“¹⁰³⁾

★ **Günter Seiler:** 1985 Kandidat der AL für das Berliner Abgeordnetenhaus, als Abgeordneter 1987 nachgerückt. In einer internen Kandidatenvorstellung schreibt er u. a. über sich:

„Mit der **APO** fäng't's an — mein Engagement in der Politik und für die Bewegungen. Diverse sind's und waren es: die antiautoritäre, die subversive, die untergründig psychedelische, die sexuell angeblich so befreiende, die puritanisch **marxistische**, die basisfixierte, die anti ... beseelt durch solcherlei Tatkraft wirble ich in **republikanischen Clubs, Studentenzeitungen, Basisgruppen (drüben, in Westdeutschland)** und komme 1973 nach West-Berlin, um hier mein Brot im Dienst, der öffentlich sein soll, zu verdienen.“¹⁰⁴⁾

★ **Susanne Teichmann:** geb. 11. 12. 1957. 1985 war sie Kandidatin der AL für das Berliner Abgeordnetenhaus. In einer internen Kandidatenvorstellung schreibt sie u. a. über sich selbst:

„In den ersten Jahren in Berlin habe ich mich ausschließlich theoretisch/politisch beschäftigt; zwei Jahre sozialistische Studiengruppen, jetzt **ALSO**. In der **FHW** sowie im ersten Jahr **TU** habe ich mit den **ADSEN (Aktionsgemeinschaft**

Demokraten und Sozialisten, zu der Zeit noch nicht total ausverkauft an die SEW) zusammengearbeitet.“¹⁰⁵⁾

★ **Irmgard Kohlhepp:** Von 1981 bis 1983 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses für die AL. In einer Kandidatenvorstellung schreibt sie über sich selbst:

„Am 23. 4. 1923 wurde ich, Irmgard Kohlhepp, in Großalmerode, Kreis Witzenhausen, geboren . . . Nebenberuflich begann ich mit 40 Jahren ein Studium in der Freien Universität. Damit fing mein politisches Engagement an. Ich trat in den SHB und wurde Mitglied (Parteianwärterin) der SPD. Nach einem Jahr wurde ich aus der Mitgliederliste gestrichen, weil ich an einer Demonstration gegen den Vietnam-Krieg teilgenommen hatte und auch nicht bereit war, mich davon zu distanzieren. Ich verlegte meine Aktivität mehr auf die GEW, wo ich mich gegen Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegenüber Kommunisten einsetzte.“¹⁰⁶⁾ Laut taz bezeichnet sich Irmgard Kohlhepp selbst als „APO-Oma“¹⁰⁷⁾.

Quellen

- 1) Wahlauf Ruf des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, SPD-Pressemitteilung, 23. 1. 1989
- 2) Bild Berlin, 25. 1. 1989
- 3) ZDF, 29. 1. 1989
- 4) ZDF/Heute, 29. 1. 1989
- 5) ZDF, 29. 1. 1989
- 6) Bremer Nachrichten, 30. 1. 1989
- 7) taz, 17. 2. 1989
- 8) Interview mit der Berliner Morgenpost, 17. 2. 1985, zitiert nach Die Welt, 18. 2. 1985
- 9) Der Tagesspiegel, 18. 11. 1986
- 10) Saarländischer Rundfunk, 9. 2. 1989, Sendung Journal
- 11) Walter Momper, Interview mit der Bonner Rundschau, 8. 2. 1989
- 12) Norbert Meisner, Mitglied des SPD-Landesvorstandes Berlin, Interview mit der taz, 13. 2. 1989
- 13) Parlamentarisch Politischer Pressedienst der SPD, 31. 1. 1989
- 14) Zitiert nach Express, 9. 2. 1989
- 15) Nach Berliner Morgenpost, 12. 2. 1989
- 16) Harry Ristock, zitiert nach Die Welt, 8. 2. 1989
- 17) ZDF, „Bonner Perspektiven“, 8. 2. 1987
- 18) Die Bunte, 2. 12. 1982
- 19) Interview mit der ZEIT, 18. 2. 1983
- 20) Interview mit der „Passauer Neue Presse“, zitiert nach Pressemitteilung der SPD-Bundestagsfraktion, 6. 9. 1984
- 21) Holger Börner, „Bunte“, 19. 5. 1982
- 22) Holger Börner, Interview mit „Der Spiegel“ am 16. 8. 1982
- 23) Holger Börner am 8. 9. 1983 vor dem Deutschen Bundestag
- 24) Holger Börner, Hessische Niedersächsische Allgemeine, 15. 9. 1983
- 25) Zitiert nach dpa, 12. 2. 1989
- 26) Zitiert nach dpa, 9. 2. 1989
- 27) Zitiert nach Hessische Allgemeine, 15. 2. 1989
- 28) Der Spiegel 37/1987
- 29) E. Hopflitschek: Partei, Avantgarde, Heimat oder was?, in: J. Mettke, Die Grünen-Regierungspartner von morgen?, Reinbek 1982, S. 95 f.
- 30) dpa vom 2. 3. 1989
- 31) Hans-Christian Ströbele, Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag, 10. Wahlperiode 1983, 47. Auflage, S. 234
- 32) vgl. auch Süddeutsche Zeitung, 25. 3. 1982; Bonner Rundschau, 29. 1. 1986; Welt am Sonntag, 26. 1. 1986; Rheinischer Merkur/Christ und Welt, 16. 2. 1985. Vgl. auch dpa, 14. 7. 1976; Frankfurter Rundschau, 2. 9. 1975
- 33) Frankfurter Rundschau, 2. 9. 1975
- 34) Neue Juristische Wochenschrift (NJW) 1982, Heft 44, Seite 2508 ff.
- 35) Rheinischer Merkur/Christ und Welt, 16. 2. 1985; vgl. auch Neue Juristische Wochenschrift (NJW) 1982, Heft 44; Süddeutsche Zeitung, 25. 3. 1982
- 36) ap, 20. 7. 1977, und ap, 19. 7. 1977
- 37) Die Grünen im Bundestag (Hrsg.), Pressemitteilung, 30. 3. 1985
- 38) Frankfurter Rundschau, 2. 9. 1975
- 39) Hans-Christian Ströbele, Selbstdarstellung für den 10. Deutschen Bundestag
- 40) Plenarprotokoll 10/159 des Deutschen Bundestages vom 26. 9. 1985
- 41) Ch. Ströbele, in: D. Cornelsen, Ankläger im Hohen Haus, S. 92
- 42) Birgit Arkenstette, Selbstdarstellung als Nachrückerin, o. D.
- 43) Birgit Arkenstette, in: Jäger/Pinl, Zwischen Rotation und Routine, Köln 1985, S. 29
- 44) Der Spiegel 9/1989
- 45) FAZ, 27. 2. 1989
- 46) Der Spiegel 9/1989
- 47) Heidemarie Bischoff-Pflanz, Selbstdarstellung zur Kandidatur zum Berliner Abgeordnetenhaus, 1985, o. D.
- 48) Bernd Köppl: Ökologie gegen Wirtschaftswachstum, in: Perspektiven der Grünen, Bunt und Alternativen, Alternative Liste Berlin (Hrsg.), Berlin 1980, S. 67
- 49) Dagmar Birkelbach, Volkshandbuch des Abgeordnetenhauses Berlin, 10. Wahlperiode, 1985
- 50) Berliner Morgenpost, 30. 11. 1984
- 51) Michael Haberkorn, Selbstdarstellung, o. Datum
- 52) Der Spiegel 9/1989
- 53) Der Spiegel 9/1989
- 54) Der Spiegel 9/1989
- 55) Der Spiegel 9/1989
- 56) Benedikt Härlin, Amtliches Handbuch des Europäischen Parlaments 1984, 2. Wahlperiode 1984—1989, S. 99
- 57) Bonner Rundschau, 29. 11. 1984; Welt am Sonntag, 26. 1. 1986
- 58) Michael Klöckner, Amtliches Handbuch des Europäischen Parlaments 1984, 2. Wahlperiode 1984—1989, S. 113

- 59) ZDF-Magazin, 22. 1. 1986, Bonner Rundschau, 29. 11. 1984
- 60) taz, 3. 3. 1984
- 61) ap, 23. 2. 1984
- 62) Süddeutscher Rundfunk, 28. 6. 1983, ausgeschrieben Mitschnitt der PREMA, Presseagentur GmbH, Berlin
- 63) Die Zeit, 3. 2. 1984; vgl. auch ZDF-Magazin, 22. 1. 1986;
- 64) Stern, 3. 11. 1983; vgl. auch Welt am Sonntag, 26. 1. 1986
- 65) vgl taz, 27. 6. 1987; Berliner Morgenpost, 27. 6. 1987
- 66) ZDF-Magazin, 22. 1. 1986; vgl. auch Dr. Rolf Olderog im Deutschen Bundestag, BT-Protokoll 10/208 vom 21. 3. 1986
- 68) Preuß-Lausitz (Mitherausgeber): „Buback — Ein Nachruf“, Berlin 1977, S. 2
- 69) Reimund Helms, Volkshandbuch des Abgeordnetenhauses Berlin, 10. Wahlperiode, 1985
- 70) Berliner Morgenpost, 30. 11. 1984
- 71) Die Welt, 15. 3. 1985
- 72) Christiane Zieger, Volkshandbuch des Abgeordnetenhauses Berlin, 9. Wahlperiode, 1983, S. 68
- 73) Christiane Zieger, Selbstdarstellung, AL-Rundbrief Nr. 6, November 1979
- 74) taz, 29. 8. 1983
- 75) Dirk Schneider, Kürschners Volkshandbuch, 10. Wahlperiode, a. a. O., S. 178; ähnlich auch Rheinischer Merkur, 21. 1. 1983
- 76) ZDF-Magazin, 22. 1. 1986; Bayernkurier, 1. 2. 1986
- 77) Rheinischer Merkur, 21. 1. 1983
- 78) Bild am Sonntag, 13. 3. 1983
- 79) Verfassungsschutzbericht 1984, S. 88
- 80) Die Welt, 8. 9. 1986
- 81) Volkshandbuch des Abgeordnetenhauses Berlin, 9. Wahlperiode, 1985, S. 49
- 82) Klaus-Jürgen Schmidt, Selbstdarstellung in dem AL-Rundbrief Nr. 6, November 1979
- 83) Stern, 21. 5. 1981; vgl. auch taz, 29. 8. 1983
- 84) Der Spiegel, 27. 7. 1981
- 85) Der Spiegel, 27. 7. 1981
- 86) Der Spiegel, 27. 7. 1981
- 87) Die Welt, 25. 2. 1983; vgl. auch FAZ, 20. 11. 1983; vgl. auch Rheinischer Merkur, 21. 1. 1983
- 88) Bild, 17. 12. 1985
- 89) Rebekka Schmidt, Selbstdarstellung, Dezember 1982
- 90) Jürgen Wachsmuth, Volkshandbuch des Abgeordnetenhauses Berlin, 9. Wahlperiode, S. 67
- 91) taz, 29. 8. 1983
- 92) Uwe Tietz, Volkshandbuch des Abgeordnetenhauses Berlin, 9. Wahlperiode, S. 67
- 93) taz, 29. 8. 1983
- 94) taz, 29. 8. 1983
- 95) Wolfgang Wieland, Selbstdarstellung anlässlich seiner Kandidatur für das Berliner Abgeordnetenhaus 1985, o. Datum
- 96) Peter Lohauß, Bewerbung um eine Kandidatur zu den Abgeordnetenhauswahlen o. Datum
- 97) Martina Schmoltd, Selbstdarstellung, AL-Rundbrief Nr. 6, November 1979
- 98) Stachlige Argumente 27 (7/8. 84)
- 99) Michael Eggert, Selbstdarstellung anlässlich seiner Kandidatur für das Berliner Abgeordnetenhaus 1985, o. Datum
- 100) taz, 16. 2. 1985
- 101) Ernst Randolf Lochmann, Selbstdarstellung anlässlich seiner Kandidatur für den 10. Deutschen Bundestag, 7. 1. 1983
- 102) Annette Ahme, Selbstdarstellung anlässlich ihrer Kandidatur für das Berliner Abgeordnetenhaus 1985, o. Datum
- 103) Annette Ahme, Selbstdarstellung, o. Datum
- 104) Günther Seiler, Selbstdarstellung anlässlich seiner Kandidatur für das Berliner Abgeordnetenhaus 1985, 10. 10. 1984
- 105) Susanne Teichmann, Selbstdarstellung anlässlich ihrer Kandidatur für das Berliner Abgeordnetenhaus 1985, o. Datum
- 106) Irmgard Kohlhepp, Selbstdarstellung anlässlich ihrer Kandidatur für das Berliner Abgeordnetenhaus, o. Datum
- 107) taz, 23. 2. 1987